



Newsletter des Netzwerks Kritische Richter und Staatsanwälte n.e.V.

FORUM KRISTA

Ausgabe - November 2023



VORWORT

Liebe Leser,
verschaffen Sie sich mit unserem monatlichen Newsletter einen Überblick: Wir informieren Sie über Aktuelles aus der Rechtsprechung und den Medien. Um den Newsletter knapp zu halten, beschränken wir uns bei der Medienschau regelmäßig auf die Wiedergabe der dortigen Überschriften. Ferner finden Sie Verweise auf unsere aktuellen eigenen Beiträge, mit denen wir uns differenziert mit rechtsstaatlichen Problemstellungen auseinandersetzen.

Wir wünschen viel Freude bei der Lektüre!

INHALT

1	Vorwort
2 - 3	Aus der Rechtsprechung
3	Aktivitäten von KRiStA
3 - 15	Fundstücke aus den Medien
15 - 16	Bücher
16	Aufsätze
16	Impressum

AUS DER RECHTSPRECHUNG

Bundesverfassungsgericht, Urteil vom 15.11.2023, Az. 2 BvF 1/22:

Die antragstellenden Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion wenden sich gegen die rückwirkende Änderung des Haushaltsgesetzes und des Bundeshaushaltsplans 2021 durch das Zweite Nachtragshaushaltsgesetz 2021. Mit diesem sollte eine im Bundeshaushalt 2021 als Reaktion auf die Corona-Pandemie vorgesehene, jedoch im Haushaltsjahr 2021 nicht unmittelbar benötigte Kreditermächtigung in Höhe von 60 Milliarden Euro durch eine Zuführung an den „Energie- und Klimafonds“ (EKF), ein unselbständiges Sondervermögen des Bundes, für künftige Haushaltsjahre nutzbar gemacht werden. Die Zuführung erfolgte im Februar 2022 – also rückwirkend – für das abgeschlossene Haushaltsjahr 2021. Der EKF wurde zwischenzeitlich in „Klima- und Transformationsfonds“ (KTF) umbenannt. Das Zweite Nachtragshaushaltsgesetz 2021 entspricht nicht den verfassungsrechtlichen Anforderungen an notlagenbedingte Kreditaufnahmen.

Der Senat stützt seine Entscheidung auf drei, jeweils für sich tragfähige Gründe: Erstens hat der Gesetzgeber den notwendigen Veranlassungszusammenhang zwischen der festgestellten Notsituation und den ergriffenen Krisenbewältigungsmaßnahmen nicht ausreichend dargelegt. Zweitens widerspricht die zeitliche Entkoppelung der Feststellung einer Notlage gemäß Art. 115 Abs. 2



Satz 6 GG vom tatsächlichen Einsatz der Kreditermächtigungen den Verfassungsgesetzen der Jährlichkeit und Jährigkeit. Die faktisch unbegrenzte Weiternutzung von notlagenbedingten Kreditermächtigungen in nachfolgenden Haushaltsjahren ohne Anrechnung auf die „Schuldenbremse“ bei gleichzeitiger Anrechnung als „Schulden“ im Haushaltsjahr 2021 ist demzufolge unzulässig. Drittens verstößt die Verabschiedung des Zweiten Nachtragshaushaltsgesetzes 2021 nach Ablauf des Haushaltsjahres 2021 gegen den Haushaltsgrundsatz der Vorherigkeit aus Art. 110 Abs. 2 Satz 1 GG. Die Entscheidung hat zur Folge, dass sich der Umfang des KTF um 60 Milliarden Euro reduziert. Soweit hierdurch bereits eingegangene Verpflichtungen nicht mehr bedient werden können, muss der Haushaltsgesetzgeber dies anderweitig kompensieren. (BVerfG)

OVG Berlin-Brandenburg, Urteil vom 30.11.2023, Az.: OVG 11 A 11/22 u.a.:

Der 11. Senat hat Klagen der Deutschen Umwelthilfe und des BUND stattgegeben und die Bundesregierung verurteilt, ein Sofortprogramm nach § 8 Klimaschutzgesetz zu beschließen, das die Einhaltung der im Klimaschutzgesetz genannten Jahresemissionsmengen der Sektoren Gebäude und Verkehr für die Jahre 2024 bis 2030 sicherstellt. Das Umweltbundesamt hat für die Sektoren Verkehr und Gebäude für die Jahre 2021 und 2022 Überschreitungen der zulässigen Jahresemissionsmengen festgestellt. Bei einer Überschreitung der zulässigen Jahresemissionsmenge für einen Sektor hat nach § 8 Klimaschutzgesetz zunächst das zuständige Bundesministerium der Bundesregierung ein Sofortprogramm vorzulegen, das die Einhaltung der Jahresemissionsmengen des jeweiligen Sektors für die folgenden Jahre sicherstellt. Die Bundesregierung hat dann über die zu ergreifenden Maßnahmen im betroffenen Sektor oder in anderen Sektoren oder über sektorübergreifende Maßnahmen zu beraten und diese „schnellstmöglich“ zu beschließen. Nachdem die für die Sektoren zuständigen Bundesministerien im Juli 2022 solche Sofortprogramme vorgelegt haben, blieb ein Beschluss der Bundesregierung über diese Programme aus. Die Bundesregierung beschloss dann am 4. Oktober 2023 das Klimaschutzprogramm 2023. Der 11. Senat hat festgestellt, dass die Bundesregierung aufgrund der festgestellten Überschreitungen an zulässigen Treibhausgas-Emissionen in den Sektoren Gebäude und Verkehr zu einem Beschluss über ein Sofortprogramm nach § 8 Klimaschutzgesetz verpflichtet ist. Das nunmehr beschlossene Klimaschutzprogramm 2023 erfüllt nach Auffassung des Senats nicht die Anforderungen an ein Sofortprogramm. Es überprüft anhand einer sektorübergreifenden und mehrjährigen Gesamtberechnung, ob die Klimaschutzziele bis 2030 erreicht werden. Ein Sofortprogramm muss dem gegenüber kurzfristig wirksame Maßnahmen enthalten, die die Einhaltung der im Klimaschutzgesetz ausgewiesenen Jahresemissionsmengen für die folgenden Jahre im jeweiligen Sektor sicherstellen. ([OVG Berlin-Brandenburg](#))

AKTIVITÄTEN VON KRISTA

14.11.2023 [Hinweisgeberschutz und die Verfassungstreue der Beamten – ein Update.](#) Bereits im Dezember 2022 setzten wir uns mit dem damaligen Gesetzesentwurf zum Hinweisgeberschutzgesetz (HinSchG) auseinander, insbesondere in Bezug auf durch den Rechtsausschuss kurzfristig eingefügte Änderungen betreffend Äußerungen von Beamten. Dieses Gesetz ist, nachdem der Ursprungsentwurf überraschend im Bundesrat gescheitert war, nunmehr mit kleinen Korrekturen am 2. Juli 2023 in Kraft getreten.

FUNDSTÜCKE AUS DEN MEDIEN

23.10.2023 [National Herald](#): Die Weltgesundheitsorganisation (WHO), der es bisher nicht gelungen ist, den Ursprung des Covid-19-Virus ausfindig zu machen, und die ihre eigene Handhabung der Covid-Pandemie noch nicht überprüft hat, drängt 194 Länder, einen von ihr ausgearbeiteten globalen Pandemievertrag zu ratifizieren. Sobald die Länder den Vertrag unterzeichnen, werden sie die gesamte regulatorische Kontrolle über künftige Pandemien (Krankheit X) an die WHO abgeben. Die UN-Or-



ganisation wird den Ausbruch neuer Pandemien verkünden, die zu befolgenden Protokolle festlegen (Abriegelung, Impfstoffe), Medikamente und deren Dosierung vorschreiben, die von ihr vorgeschriebene Überwachung verlangen und entscheiden, welche Medikamente und Impfstoffe zulässig sind und welche nicht. Darüber

hinaus wird die WHO auch die Macht haben, wissenschaftliche Arbeiten, Wissenschaftler und Forschungen zu zensieren und zu entscheiden, was Desinformation ist und was nicht. Dr. Amitav Banerjee, ein Epidemiologe aus Pune, weist darauf hin, dass der Umgang der WHO mit Covid-19 sehr zu wünschen übriglässt und die Glaubwürdigkeit der WHO einen schweren Schlag erlitten hat. In einem Gespräch mit Dr. Philip McMillan, einem Arzt aus dem Vereinigten Königreich, erörtern die beiden ihre Bedenken und die Auswirkungen des globalen Pandemieabkommens, das die WHO im Mai 2024 von 194 Ländern ratifizieren lassen will.

26.10.2023 [MDPI](#): Chronische Müdigkeit und Dysautonomie nach COVID-19-Impfung unterscheiden sich durch veränderte Blutmarker von einer normalen Impfreaktion.

01.11.2023 [Nature](#): Historische Narrative über die COVID-19-Pandemie sind motivationsbedingt verzerrt. Die Art und Weise, wie sich die Menschen an die SARS-CoV-2-Pandemie erinnern, wird sich wahrscheinlich als entscheidend für künftige gesellschaftliche Debatten über die Pandemie-Vorbereitung und geeignete politische Maßnahmen erweisen. Über das einfache Vergessen hinaus deuten frühere Untersuchungen darauf hin, dass die Erinnerung durch starke Motivationen und die Verankerung der Wahrnehmung in der aktuellen Situation verzerrt werden kann. Anhand von vier Studien aus elf Ländern zeigen wir hier, dass die Erinnerung an das wahrgenommene Risiko, das Vertrauen in Institutionen und das Schutzverhalten stark von der aktuellen Bewertung abhängt. Obwohl sowohl geimpfte als auch ungeimpfte Personen von dieser Verzerrung betroffen waren, neigten Personen, die sich stark mit ihrem Impfstatus identifizierten - ob geimpft oder ungeimpft -, zu größeren und vor allem entgegengesetzten Verzerrungen der Erinnerung. Die verzerrte Erinnerung wurde nicht durch Informationen über häufige Erinnerungsfehler oder kleine finanzielle Anreize für eine genaue Erinnerung reduziert, sondern teilweise durch hohe Anreize. Es scheint also, dass Motivation und Identität die Richtung beeinflussen, in der die Erinnerung an die Vergangenheit verzerrt wird. Die verzerrte Erinnerung stand außerdem im Zusammenhang mit der Bewertung vergangener politischer Maßnahmen und zukünftiger Verhaltensabsichten, einschließlich der Einhaltung von Vorschriften während einer zukünftigen Pandemie oder der Bestrafung von Politikern und Wissenschaftlern. Insgesamt deuten die Ergebnisse darauf hin, dass historische Erzählungen über die COVID-19-Pandemie motivationsbedingt verzerrt sind, die gesellschaftliche Polarisierung aufrechterhalten und die Vorbereitung auf künftige Pandemien beeinflussen. Folglich müssen künftige Maßnahmen über die unmittelbaren Auswirkungen auf die öffentliche Gesundheit hinaus auch die längerfristigen Folgen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das Ver-

trauen berücksichtigen.

02.11.2023 [TKP](#): In Brasilien wird ab 2024 die mRNA-Behandlung für Kinder ab sechs Monate zur Pflicht. Wer sich weigert, dem drohen saftige Strafen. Auch viele andere – meist sozial schwache Gruppen – sind betroffen. Im Februar, kurz nachdem Lula da Silva die Wahl in Brasilien gewonnen hatte, kündigte er es an: Sozialhilfe wird es nur noch für Kinder mit mRNA-Behandlung geben – TKP hatte berichtet. Jetzt hat die Regierung des BRICS-Mitgründers Lula ernst gemacht. Man geht sogar noch einen Schritt weiter. Die mRNA-Therapie ist für Kinder im Alter von sechs Monaten bis fünf Jahren ins Nationale Impfprogramm aufgenommen worden und damit ab 2024 Pflicht.

03.11.2023 [Kontrafunk](#): Der Rechtsstaat: Über Verfolgungsgrenzen. Richter Dr. Manfred Kölsch gibt Auskunft über die neue europäische Praxis der Äußerungsgrenzen im Digital Services Akt.

03.11.2023 [Cicero](#): Krise des Gesundheitssystems - „Karl Lauterbach löscht das Feuer mit Benzin“. Der ambulanten Versorgung droht der Kollaps. Das sagen die Landesvertreter der Kassenärzte, Apotheker und Zahnärzte. Andreas Gassen, Vorsitzender der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, schlägt Alarm – und geht dabei hart mit der Politik des amtierenden Bundesgesundheitsministers ins Gericht.

03.11.2023 [Archives of Disease in Childhood](#): Maskenpflicht für Kinder bei COVID-19. Wir haben 597 Studien gesichtet und 22 in die endgültige Analyse einbezogen. Es gab keine randomisierten kontrollierten Studien bei Kindern, in denen der Nutzen des Tragens von Masken zur Verringerung der SARS-CoV-2-Infektion oder -Übertragung untersucht wurde. Die sechs Beobachtungsstudien, die einen Zusammenhang zwischen dem Maskieren von Kindern und einer geringeren Infektionsrate oder Antikörper-Seropositivität berichteten, wiesen ein kritisches (n=5) oder ernst-



haftes (n=1) Verzerrungsrisiko auf; alle sechs waren möglicherweise durch wichtige Unterschiede zwischen maskierten und nicht maskierten Gruppen beeinträchtigt, und bei zwei Studien erwiesen sich die Ergebnisse bei einer Neuanalyse als nicht signifikant. 16 weitere Beobachtungsstudien ergaben keinen Zusammenhang zwischen dem Tragen von Masken und einer Infektion oder Übertragung. Schlussfolgerungen: Die Wirksamkeit von Kindermasken gegen die Übertragung oder Infektion mit SARS-CoV-2 ist in der Praxis nicht durch hochwertige Belege nachgewiesen worden. Die derzeitige wissenschaftliche Datenlage spricht nicht für eine Maskierung von Kindern zum Schutz vor COVID-19.

04.11.2023 [Verfassungsblog](#): Zur mündlichen Urteilsbegründung des BGH im Fall Maier. Dem BGH zu Folge reicht es für die Versetzung eines Richters in den Ruhestand nach § 31 DRiG aus, wenn das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Person des Richters oder in seine Amtsführung in hohem Maße Schaden genommen hat. Fundamentale Eingriffe in die richterliche Unabhängigkeit hängen danach von der öffentlichen Meinung ab. Was im Grundsatz richtig ist, kann ohne Grenzziehungen durch das Grundgesetz missbrauchsanfällig sein.

05.11.2023 [YouTube](#): Aufstand oder Ökodiktatur? - Punkt.PRERADOVIC mit Dr. Wolfgang Herles.

06.11.2023 [YouTube](#): FORUM FREIHEIT 2023 Panel 3: Moral als Keule: „Wokismus“, Cancel Culture, quotierte Gesellschaft Birgit Kelle, Düsseldorf Dr. Markus Krall.

06.11.2023 [Kontrafunk](#): Wer sich eine schnelle und lückenlose Aufklärung des Cum-Ex-Skandals erhofft hatte, der könnte sich neuerdings ärgern, denn: Zwei Laptops mit E-Mails unter anderem von Vertrauten des früheren Hamburger Bürgermeisters und heutigen Bundeskanzlers Olaf Scholz darauf sind verschwunden. Was das für den Fall bedeutet und wie so etwas passieren kann, das erfahren wir von Rechtsanwalt Dr. Gerhard Strate. Er hatte Scholz damals selber wegen uneidlicher Falschaussage angezeigt.

06.-10.11.2023 [WHO](#): Im Dezember 2021 richtete die Weltgesundheitsversammlung ein zwischenstaatliches Verhandlungsgremium (INB) ein, um im Rahmen der Verfassung der Weltgesundheitsorganisation ein Übereinkommen, eine Vereinbarung oder ein anderes internationales Instrument zur Stärkung der Pandemieprävention, -vorsorge und -reaktion (WHO CA+) auszuarbeiten und auszuhandeln. Die siebte Tagung des INB wird vom 06. bis 10.11.2023 stattfinden und vom 04. bis 06.12.2023 fortgesetzt. Auf dieser Tagung werden die WHO-Mitgliedstaaten aufgefordert, einen Vorschlag für den Verhandlungstext der WHO-Pandemievereinbarung zu prüfen. Dieser Vorschlag basiert auf den Erörterungen des INB auf seiner vierten, fünften und sechsten Sitzung sowie auf der Sitzung der Redaktionsgruppe, einschließlich ihrer informellen Konsultationen und der Berichte der Co-Moderatoren dieser Konsultationen. Die Eröffnungs- und die Schlussplenarsitzung der Tagung stehen den WHO-Mitgliedstaaten, den assoziierten Mitgliedern, den Beobachtern und den Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration sowie allen relevanten Akteuren offen. Sie werden öffentlich im Internet übertragen und zur späteren Einsichtnahme archiviert. Die Eröffnungssitzung der Tagung findet am 06.11.2023 statt. Die abschließende Plenarsitzung, in der der Tagungsbericht erörtert wird, findet am Ende

der wiederaufgenommenen Tagung im Dezember 2023 statt.

07.11.2023 [Human Rights Watch](#): Entwurf des „Pandemie-Vertrages“ schützt Rechte nicht. Mitgliedstaaten sollten internationale Menschenrechtsverpflichtungen in den verhandelten Text aufnehmen. Der gegenwärtige Entwurf versagt darin, grundlegende internationale Menschenrechte zu schützen, allen voran das Recht auf Gesundheit und das Recht von wissenschaftlichem Fortschritt zu profitieren; hierdurch wird eine Wiederholung der tragischen Fehler während der Covid-10-Pandemie riskiert.



07.11.2023 [Mannheimer Morgen](#):

Prozess um falsche Corona-Maskenatteste: Die Ärztin schweigt. Am Landgericht Mannheim hat heute die Berufungsverhandlung gegen eine Ärztin aus Weinheim begonnen, die zwischen Mai 2020 und Januar 2021 mehr als 4000 Maskenatteste „auf Zuruf“ ausgestellt haben soll.

07.11.2023 [WELT](#): Wie man sich an die Corona-Zeit erinnert, hängt laut einer Studie stark von den eigenen Überzeugungen ab.

07.11.2023 [SWR](#): Weinheimer Ärztin wegen unrichtiger Masken-Atteste erneut vor Gericht. Begleitet von Protesten hat am Dienstag der Berufungsprozess vor dem Landgericht Mannheim gegen eine Weinheimer Ärztin wegen unrichtiger Masken-Atteste begonnen. Zu dem Prozess waren rund 20 Personen ins Landgericht gekommen, viele davon ganz offensichtlich Unterstützer der Angeklagten, die Masken-Gegnerin ist. Die Weinheimer Ärztin hatte bei ihrer ersten Verurteilung vor dem Amtsgericht Weinheim eingeräumt, über 4.000 Atteste zur Befreiung von der Maskenpflicht ausgestellt zu haben.

07.11.2023 [Achgut](#): Die WHO, die Weltbank und der internationale Pandemievertrag. Hinter dem internationalen Pandemievertrag offenbart sich ein eng verwobener Filz von Politik, Konzernen, Stiftungen und global agierenden Organisationen, die keine demokratisch gewählten Mandatsträger sind. Es ist zum Fürchten.

08.11.2023 [Cicero](#): Cicero-Serie Pandemie und Rechtsstaat - Die Causa Corona I: Grundrechtsschutz in Krisenzeiten. Hat der Staat während der Pandemie rechtsstaatliche Prinzipien missachtet? Und wenn ja, was folgt daraus? Im ersten Teil unserer Serie „Die Causa Corona“ schreibt Hans-Jürgen Papier über schwerwiegende Grundrechtseingriffe und autokratische Regierungsstrukturen.

08.11.2023 [Multipolar](#): „Diesen Stein will keiner ins Rollen bringen“. Neue Dokumente bestätigen: Pfizer nutzte zwei unterschiedliche Verfahren, um die Corona-Präparate herzustellen. Eines war sauber und teuer und kam im Zulassungsverfahren zur Anwendung. Das andere war billig, führte zu verunreinigten Injektionen und einer massiv erhöhten Zahl schwerer Nebenwirkungen. Der so erzeugte Stoff wurde an die übrige Weltbevölkerung verimpft. Der Mediziner Florian Schilling erklärt, warum aus diesem Grund „jede rechtsgültige Einverständniserklärung von Geimpften hinfällig“ ist.

08.11.2023 [WELT](#): Die neue Geheimniskrämerei um das Treffen von Richtern und Bundeskabinett. Am Mittwoch reist die Bundesregierung auf Einladung des Bundesverfassungsgerichts nach Karlsruhe, um sich dort mit den Richtern zu einem gemeinsamen Abendessen hinter verschlossenen Türen zu treffen. Am 15.11.2023 wird das Bundesverfassungsgericht darüber entscheiden, ob die Ampel-Regierung 60 Milliarden Euro an Kreditermächtigungen, die ursprünglich für Corona eingeplant waren, in den Klimafonds verschieben durfte oder ob das einen Verstoß gegen die Schuldenbremse darstellt. Zur Erinnerung: Am 30.06.2021 hatte Angela Merkel ihre Minister und die Karlsruher Richter zum gemeinsamen Abendessen in das Bundeskanzleramt geladen. In diesem Rahmen hielt die damalige Justizministerin Christiane Lambrecht einen „Impulsvortrag“, in dem sie um Verständnis für Entscheidungen „unter Unsicherheiten“ warb.

09.11.2023 [WN OZ](#): Maskenprozess geht nur schleppend voran. 13 Sitzungsunterbrechungen, drei weitere Befangenheitsanträge und nur eine Zeugenvernehmung - der Berufungsprozess gegen eine Weinheimer Ärztin geht auch am zweiten Tag nur schleppend voran.

12.11.2023 [Deutschlandfunk](#): Lässt sich über den Krieg friedlich reden? Von Michael Andrick, Philosoph.

12.11.2023 [Reitschuster](#): Corona-Symposium im Bundestag – und Mainstream schaut weg. Zu starker Tobak für die Nerven von staatstreuen Journalisten bei Covid-Aufarbeitung?

12.11.2023 [The Epoch Times](#): Prof. Bhakdi: „Wer Angst und Panik schürt, gehört nicht zu uns.“ Unter großem Andrang fand das 2. Corona-Symposium der AfD-Bundestagsfraktion in Berlin statt. Dort setzten sich Politiker, Fachleute, Bürger und Medien mit Fragen zu der Corona-Krise auseinander. In Impulsvorträgen und Podiumsdiskussionen unter Einbindung der Zuhörerschaft aus Bürgern und Medienvertretern setzte man sich gemeinsam mit den einzelnen Aspekten der Corona-Krise auseinander. Im Kleinen vollzog sich damit eine bisher in der Gesellschaft politisch und medial weitgehend verdrängte Corona-Aufarbeitung.

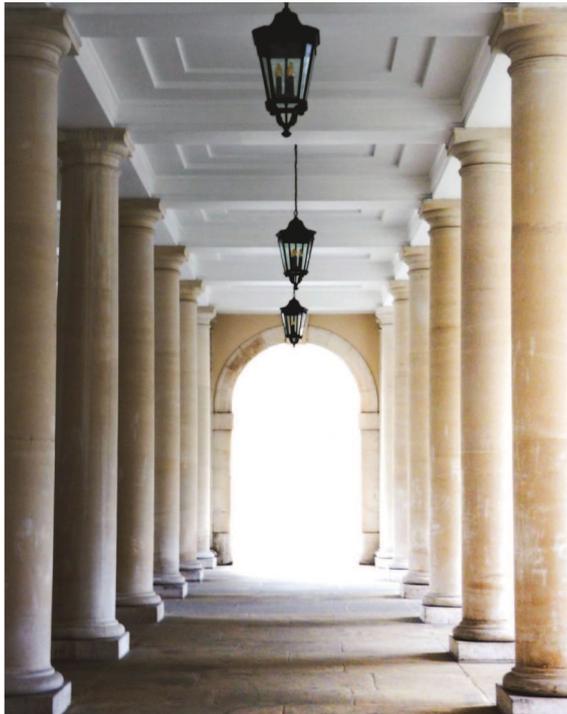
12.11.2023 [Reitschuster](#): (M)eine Rückkehr zur Bundespressekonferenz. Ein unappetitlicher Blick hinter die Kulissen dieser Journalismus-Farce. Hinter den Kulissen der Bundespressekonferenz ermahnte man mich, dass ich mit meinen kritischen Fragen die „guten Beziehungen“ zur Regierung gefährde. Der Vorstand des Vereins „Bundespressekonferenz“ wollte mir vorschreiben, was ich auf meiner Seite für Links setzen darf und was nicht – und forderte mich sogar zur Entfernung von Links auf die

Seiten von Dritten auf. So etwas kennt man aus autoritären Staaten. In einer funktionierenden Demokratie ist es undenkbar. Auch bei den Leser-Kommentaren auf meiner Seite wollte der Vorstand dieses Vereins Zensur ausüben.

13.11.2023 [Blick](#): Kolumne «Abgeklärt & aufgeklärt» über den Pandemiepakt. Der autoritäre Geist der WHO. Die Weltgesundheitsorganisation möchte zwei neue Vertragswerke unterzeichnet haben. Dabei verlöre die Schweiz ihre Autonomie, und die Integrität des Landes wäre gefährdet.

13.11.2023 [Die Weltwoche](#): Die AfD veranstaltet ein Corona-Symposium – und keiner berichtet darüber. Wenn ARD und ZDF nicht liefern, warum sollten deutsche Zuschauer überhaupt zahlen?

15.11.2023 [Achgut](#):
Corona-Prozess im Hoch-Hier fanden Prozesse terroristin Lina E., deren Mitglieder sächsi- dem Grünen Gewölbe IS-Anhänger sowie die statt. War es die Ab- den Richters der 15. ße Strafkammer) am den, die Angeklagte, die Bianca Witzschel, der Masken-Attesten vor- die seit acht Monaten in Untersuchungshaft chen Schwerverbre- ten gleichzusetzen, als in den Hochsicher-



Sächsischer Corosicherheits-Saal. gegen die Links-Remmo-Clan (desche Juwelen aus in Dresden stahlen), Freitaler Terrorzelle sichts des Vorsitzen-Strafkammer (Gro- Landgericht Dres- 66-jährige Ärztin Dr. Handel mit falschen geworfen wird und in der JVA Chemnitz sitzt, mit gefährlichern oder Terroris- er die Verhandlung heitstrakt verlegte?

15.11.2023 [Corona Blog](#): Dr. Jiang: Staatsanwaltschaft stützt sich auf Hochrechnungen bei den Attesten. Die Anwälte für Aufklärung (Rechtsanwalt Sven Lausen, Rechtsanwalt Ivan Künnemann & Rechtsanwalt Holger Willanzheimer) gaben eine Presseerklärung ab aus Anlass des am 16.11.2023 stattfindenden Verhandlungstags im Berufungsverfahren gegen Dr. Jiang (Fachärztin für Allgemeinmedizin) am Landgericht Mannheim (Az.: 12 NBs 206 Js 23405/20) wegen des Vorwurfes des Ausstellens unrichtiger Gesundheitszeugnisse nach § 278 StGB in der bis zum geltenden Fassung 23.11.2021. Die Aussage des Polizeibeamten J. in der Hauptverhandlung am 09.11.2023 ergab, dass nur im niedrigen dreistelligen Bereich so bezeichnete "Atteste" im Ermittlungsverfahren ausgewertet werden konnten, ca. gut 100. Alle übrigen angeklagten "Tatgegenstände", sprich "Atteste", - also weit über 4.000 - liegen den Ermittlungsbehörden nicht vor. Sie sollen nach Mutmaßung der Ermittlungsbehörde als "PDF-Dateien" über das Internet versendet worden sein.

15.11.2023 [Süddeutsche Zeitung](#): Ampel fehlen 60 Milliarden für den Klimaschutz. Ein bisher einmaliges Urteil des Bundesverfassungsgerichts führt zu einer gewaltigen Lücke im Haushalt der Regierung - die Union sieht einen Offenbarungseid. Es

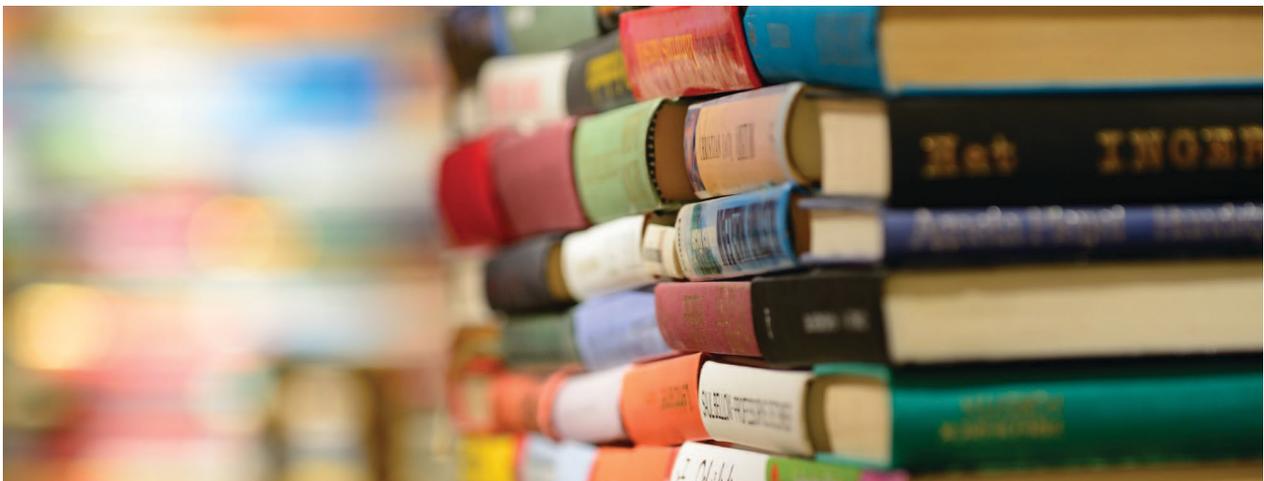
droht ein großes Sparprogramm. Die 60 Millionen waren ursprünglich für Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Krise bestimmt, wurde aber nicht abgerufen. Die Ampelregierung schichtete es trotz Warnungen dann auf den Klima- und Transformationsfonds um. Die Unionsfraktion hielt diesen Vorgang für verfassungswidrig, da sich das anders als bei Corona nicht mit einer Notlage begründen ließ, und klagte, weil die Schuldenbremse umgangen worden sei.

16.11.2023 [Bild](#): Drogen-Urteil gegen Ozan B. Staatsanwalt im Koks-Sumpf! Seltene Szene im Gericht: Auf der Anklagebank sitzt ein Staatsanwalt wegen Kokain-Konsums.

17.11.2023 [MMnews](#): Ballweg: Gericht beschlagnahmt Vermögen. Der Gründer der „Querdenken“-Bewegung, Michael Ballweg, hat scharfe Kritik an einem aktuellen Beschluss des Oberlandesgerichts Stuttgart geübt, die Freigabe seines Vermögens und des Vermögens seines Unternehmens weiter hinauszuzögern. Am 6. Oktober hat das Landgericht Stuttgart beschlossen, die Anklage gegen Michael Ballweg in allen einen früheren Haftbefehl und diverse Vermögensarreste betreffenden Vorwürfen nicht zuzulassen. Hiergegen hat die Staatsanwaltschaft Stuttgart sofortige Beschwerde eingelegt, diese aber bis zum heutigen Tage nicht begründet. Dennoch hat das Oberlandesgericht nun überraschend die vom Landgericht angeordnete Freigabe des Vermögens von Michael Ballweg vorläufig gestoppt.

18.11.2023 [LTO](#): BVerfG-Feierstunde für Hans-Jürgen Papier“; Der autoritären Versuchung widerstehen“. Ex-Verfassungsrichter Udo Di Fabio würdigte Papier in seiner Festrede als „liberalen Konservativen“, der durch die Tätigkeit im Grundrechtssenat des Gerichts „weiter liberalisiert“ wurde. Die Karlsruher Urteile zum großen Lauschangriff, zur Online-Durchsuchung und zum Luftsicherheitsgesetz habe er mitgeprägt und öffentlich erklärt und verteidigt. Zudem sei Papier in die Rolle eines „öffentlichen Intellektuellen“ hineingewachsen. Di Fabio nannte hier zwei Vorstöße: So habe Papier Anfang 2016 in der „Migrationskrise“ eine „Kluft zwischen Recht und Wirklichkeit“ konstatiert und von einem „eklatanten Politikversagen“ gesprochen. Außerdem habe Papier während der Corona-Pandemie mit seinem Buch „Freiheit in Gefahr“ auf die Bedrohung der Freiheitsrechte hingewiesen.

19.11.2023 YouTube: 2. Corona-Symposium der AfD-Fraktion im Bundestag - [Tag 1](#) und [Tag 2](#).



19.11.2023 [Cicero](#): Bundestag ändert Verfassungsschutzgesetz - „Immer noch verfassungswidrig“. Der deutsche Inlandsgeheimdienst wollte personenbezogenen Daten künftig nicht nur an öffentliche, sondern auch an private Stellen übermitteln. Ganz so schlimm, wie ursprünglich beabsichtigt, ist es nun nicht gekommen. Experten beurteilen die geschaffenen Regelungen dennoch als „verfassungswidrig“.

20.11.2023 [Berliner Zeitung](#): Michael Andrick – Dein Leben als Milliardär.

20.11.2023 [Reitschuster](#): Ende der Unschuldsvermutung: Polizisten bald Freiwild von Denunzianten? Die Bundespolizeigewerkschaft wendet sich gegen den Entwurf des „Gesetz(es) zur schnelleren Entfernung von Extremisten aus dem Beamtendienst“. Bisher sei dies „aus gutem Grund nur im Rahmen der Disziplinaranzeige und einem Richterspruch möglich. Die Sorge unter den Beamten wegen des neuen Gesetzes, fasst die Gewerkschaft mit folgender Frage provokativ zusammen: „Müssen Polizeibeamtinnen und Beamte künftig damit rechnen, dass sich ein anonymer Hinweisgeber auf das neue Hinweisgeberschutzgesetz beruft, um unerkannt ein Gerücht an den der Ampelregierung angehörigen neuen Polizeibeauftragten zu streuen, dieser dann seine Ermittlungskompetenz walten lässt und die zuständige Behörde (BMI) erst einmal sicherheitshalber die Entfernung aus dem Dienst vornimmt?“

21.11.2023 [WELT](#): Die absurde Empörung über Deutschengrundrechte.

21.11.2023 [Cicero](#): Die Causa Corona II: Das Parlament in der Pandemie. Ein Lockdown findet keine Akzeptanz, wenn er auf Rechtsverordnungen der Regierung beruht. In unserer Demokratie muss das Parlament eine solche Entscheidung treffen – nach einer intensiven Debatte im Plenum. Der Bundestag hat hier während der Corona-Krise historisch versagt. Von Volker Boehme-Neßler.

21.11.2023 [Bundeministerium für Gesundheit](#): Zu dem Antrag nach dem Informationsfreiheitsgesetz zur angeblichen DNA-Verunreinigungen in den mRNA-Impfstoffen von Pfizer/BioNTech und Moderna). Bis dato liegen den zuständigen Behörden keine Nachweise für die in Rede stehenden Behauptungen von unerlaubten Verunreinigungen der in der EU zugelassenen Covid-19-Impfstoffen vor. Die im Rahmen der Chargenprüfung des Herstellers dem offiziellen Prüflabor vorzulegende Prüfprotokolle liegen dem BMG nicht vor, da es Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse der Hersteller/Zulassungsinhaber enthält, auf die in Deutschland nur das PEI als zuständige Behörde Zugriff hat. Derzeit wird seitens der zuständigen Behörden, u.a. durch das Paul-Ehrlich-Institut eigenverantwortlich geprüft, ob unabhängige Bestätigungstests oder andere Maßnahmen gerechtfertigt sind, den Behauptungen zu begegnen.

22.11.2023: [Offener Brief](#) zur angekündigten Errichtung eines Bundesinstituts für Aufklärung und Prävention in der Medizin im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) beschloss eine massive Verkürzung wichtiger Fristen im Zusammenhang mit der Anpassung der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV). So soll künftig die Frist zur Zurückweisung einzelner oder sämtlicher Anpassungen an den IGV von bisher 18 auf zehn Monate und die Frist für das automatische Inkrafttreten von IGV-Änderungen von 24 auf zwölf Monate verkürzt werden. Dr. Christina Baum MdB forderte den Gesund-

heitsminister Karl Lauterbach und die Bundesregierung in einem Offenen Brief auf, dem Generalsekretariat der WHO bis spätestens 30. November 2023 die Zurückweisung der Verkürzung der Fristen im Zusammenhang mit den zukünftigen IGV-Änderungen zu erklären.

22.11.2023 [FAZ](#): Interview mit dem Buchautor Schwab „Bill Gates ist ein Problem für die Demokratie“. Der Buchautor Schwab kritisiert in seinem Buch das Vorgehen Gates und bezweifelt, dass Gates der Gutmensch ist für den ihn seine Stiftung hinstellt. Beispielsweise schreibt Schwab: „Bill Gates hat eine sehr eng gefasste Vorstellung davon, wie die Welt funktionieren sollte, und er hat genug Geld, um diverse Gruppen finanziell zu unterstützen, die sich mit seinen Themen befassen, von Nichtregierungsorganisationen über Thinktanks, Universitäten und Medien bis hin zu Regierungen. Und dann rudern auf einmal die meisten von denen in die gleiche Richtung, und das sorgt für eine sehr starke Strömung, gegen die etwaige Gegner und Kritiker nur schwer ankommen.“

23.11.2023 [WN OZ](#): Maskenprozess: Verfahren gegen Bürohilfe der Weinheimer Ärztin wird eingestellt nach § 153 StPO. Die Halbtagskraft war in der ersten Instanz vom Amtsgericht Weinheim noch wegen Beihilfe - quasi pauschal in allen angeklagten Fällen - zu 90 Tagessätzen à 30 Euro verurteilt worden.

23.11.2023 [OVB Heimatzeitungen](#): Corona-Rebell siegt vor Gericht. Der frühere Leiter des Gesundheitsamtes Aichach-Friedberg Friedrich Pürner ließ vor dem Münchner Verwaltungsgericht seine dienstliche Beurteilung überprüfen und klären, ob ihm bei einem Jobwechsel willkürlich andere Bewerber vorgezogen wurden. In der Konsequenz verpflichtete das Gericht den Freistaat, Pürners Beurteilung aufzuheben und ihn für den Beurteilungszeitraum vom 01.10.2017 bis 31.09.2020 erneut beurteilen zu lassen. Und das zieht weite Kreise: Denn weil die aufgehobene Beurteilung maßgebliche Grundlage der Auswahlentscheidung für Stellen war, auf die Pürner sich beworben hatte, müssen zwei Auswahlverfahren jetzt noch mal neu durchgeführt werden, um diese Stellen zu besetzen. Betroffen sind laut Gericht die Auswahlentscheidungen in den Eilverfahren für die Stelle als Leiter des Gesundheitsamtes am Landratsamt München sowie als Leiter des Sachgebietes Gesundheit bei der Regierung von Niederbayern.

24.11.2023 [Sächsische Zeitung](#): Corona-Urteil: Ungeimpfte Pflegerin hätte nicht freigestellt werden dürfen. Ein Pflegeheim, dass in der Corona-Pandemie eine ungeimpfte Mitarbeiterin von der Arbeit freigestellt hat, muss ihr rund 21.000 Euro Gehalt nachzahlen. Die Weigerung, sie wegen Verstoßes gegen die Impfpflicht zu beschäftigen, sei rechtswidrig. Wie es in dem der SZ vorliegenden Gerichtsurteil heißt, hatte das Heim nicht das Recht, ein Beschäftigungs- und Betätigungsverbot auszusprechen.

24.11.2023 [Transition News](#): Aufgrund von Klagen im Zusammenhang mit den „Impfstoffen“ gegen „Covid“ hat die Staatsanwaltschaft Rom Roberto Speranza und den ehemaligen Generaldirektor der Arzneimittelbehörde, Nicola Magrini, in das Register der Verdächtigen aufgenommen. Laut dem Staatsanwalt Francesco Lo Voi gibt es Gründe für die Eröffnung einer Akte. Eines der Schlüsseldokumente betreffe das erste Versäumnis der Impfkampagne, so La Verità. Die AIFA sei sich sehr wohl be-

wusst gewesen, dass es keine Daten gab, welche die Wirksamkeit und Sicherheit der Injektionen bei gebrechlichen Menschen garantieren konnten.

24.11.2023 [Landsberger Tagblatt](#): Maskenatteste ohne Untersuchung? Gericht fällt Urteil im Prozess um Kauferinger Arzt. Die Vorsitzende Richterin verkündete am frühen Freitagnachmittag das Urteil: Der 60-Jährige wird wegen des Ausstellens falscher Gesundheitszeugnisse in 112 Fällen zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und neun Monaten verurteilt. Die Freiheitsstrafe wird auf Bewährung aufgesetzt, mit einer Bewährungszeit von drei Jahren. Außerdem muss der Kauferinger 10.000 Euro an ein Spital für krebskranke Kinder zahlen. Das Berufsverbot ist aufgehoben. Das Gericht zeigte sich davon überzeugt, dass der Arzt kaum eine der Patientinnen oder einen der Patienten untersucht hat, die ein von ihm ausgestelltes Attest zur Maskenbefreiung erhielten. Die Verteidigung hatte zuvor auf Freispruch, die Staatsanwältin auf eine Freiheitsstrafe von drei Jahren plädiert.



25.11.2023 [The Exposé](#): Die Slowakei wird nicht in einen internationalen Pandemievertrag mit der WHO eintreten.

27.11.2023 [Achgut](#): Wann hebt das Bundesverfassungs-Gericht seine Impfpflicht-Entscheidung auf? Im vergangenen Jahr erklärte das Bundesverfassungsgericht die Impfpflicht für rechtmäßig. Jetzt ist diesem Urteil durch die neuesten Einlassungen der Europäischen Arzneimittelbehörde die Grundlage entzogen. Die Impfpflicht war demnach nie geeignet, vulnerable Personen vor einer Infektion zu schützen. Die Fehlentscheidung darf daher keinen Bestand haben. ()

27.11.2023 [WELT](#): „Asylrecht dient zweckentfremdet als Türöffner für illegale, rechtswidrige Migration“. Hans-Jürgen Papier wirft der Ampel bewusste Manipulation des Haushaltsverfassungsrechts vor. Er sagt zudem: Juristische Mittel, um Migranten

trotz Asylgesuchs an der Grenze zurückzuweisen, existierten - nur der politische Wille fehle.

28.11.2023 [Achgut](#): Geheimdienst von „Moderna“: So spioniert Big Pharma uns aus.

28.11.2023 [Die Weltwoche](#): Die große Impf-Lüge: Europas oberste Medizinbehörde entlarvt die Covid-Impfung als Farce – und keiner regt sich auf, kein mediales Lüftchen regt sich, nichts. Es ist wahrscheinlich der grösste Skandal, den die Welt je gesehen hat: Die Covid-Impfung, die Millionen Menschen aufgezwungen wurde – sie war für die Katz.

28.11.2023 [Nordkurier](#): Wer an Schulen in Karlsruhe eine Maske tragen will, braucht dafür eine Genehmigung. Ansonsten muss das Gesicht freibleiben, so das zuständige Regierungspräsidium.

28.11.2023 [ZDF](#): Der jüdische Musiker Gil Ofarim hat in seinem Prozess wegen Verleumdung und falscher Verdächtigung überraschend ein Geständnis abgelegt. Der Zentralrat verurteilt Ofarim. Antisemitismusrwürfe dürften niemals grundlos erhoben werden. Ofarim habe „all denen, die tatsächlich von Antisemitismus betroffen sind, großen Schaden zugefügt“.

29.11.2023 [Berliner Zeitung](#): Der stets untote Totalitarismus von Michael Andrick. Es herrscht eine „prätotale Atmosphäre“ (H. Arendt). Im Namen nobler Ideen wie Gesundheit und Sicherheit wird zensiert und Gehorsam verlangt. Liberale müssen jetzt Kontra geben. Eine ausreichend vage Idee kann lange Zeit totalitäres Handeln befeuern, ohne dass die meisten Akteure dies erkennen: „Klimaschutz“ (also: die ganze Welt so ordnen, dass das Klima stimmt), „Gesundheitssicherheit“ (also: das ganze Leben so ordnen, dass wir immer „sicher“ und „gesund“ sind) oder auch „gerechte Sprache“ (also: die ganze Sprache und alle Werke der Sprachgeschichte auf den eigenen „Gerechtigkeitsstandard“ bringen). In Deutschland gab es jüngst sogar offen totalitäre Praktiken unter dem Banner des Infektionsschutzes; wir diskutieren nur eine von mehreren. Von einer Fünfparteienkoalition wurde jahrelang wie folgt argumentiert: Kinder können ein Virus übertragen, das für sie selbst ungefährlich und für manche Erwachsene etwas gefährlicher ist. Deshalb müssen Kinder jetzt psychisch und physisch belastende Praktiken strikt einhalten und sich vor Schulbesuch testen, um nachzuweisen, dass sie keine Virusteile an sich haben. Dazu sind sie verpflichtet, um Erwachsene vor Infektionen zu schützen. Das ist totalitäre Politik: Kinder wurden als bloße Gegenstände zum Nutzen anderer verwendet. Ihr körperliches und psychisches Wohl wurde radikal und ohne Berücksichtigung ihrer Eigeninteressen einem politischen Ziel unterworfen. Das ist laut Grundgesetz (Artikel 1, Absatz 1) verboten und muss jetzt endlich von Gerichten aufgearbeitet werden. Die Fünfparteienkoalition und viele Journalisten in allen Medienmarken haben diese totalitäre Politik nicht erkannt, sie einpeitschend willkommen geheißen oder aber peinlich geschwiegen.

30.11.2023 [Schwäbische](#): Zu „links und grün“: Ex-Mitglied attackiert Bürgerrat für Ernährung. Er richtet sich mit seiner Kritik vor allem gegen die Moderatorinnen und Moderatoren des Gremiums. Sie seien in vielen Bereichen nicht neutral, sagt er und wirft ihnen vor, die Diskussionen in die von ihnen favorisierte Richtungen gelenkt zu haben - eher politisch grün und links.



30.11.2023 [Philosophia Perennis](#): Die Ampel-Regierung hat in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, das Familienrecht „modernisieren“ zu wollen und im Zuge dessen u.a. fiktive Rechtsinstitute wie „Mitmutterchaft“, „Mehrelternschaft“ (für bis zu vier Erwachsene) und die „Verantwortungsgemeinschaft“ einzuführen.

30.11.2023 [Uncut-News](#): Am Dienstag verabschiedete das Repräsentantenhaus der Republik der Philippinen eine Resolution, in der die Weltgesundheitsorganisation (WHO) die von der Weltgesundheitsversammlung (WHA) am 27.05.2022 verabschiedeten Änderungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) ablehnt. Ferner lehnt die Resolution Änderungsvorschläge ab, die derzeit von der WHA „im Geheimen verhandelt“ werden und im Mai 2024 von den Mitgliedstaaten angenommen werden sollen.

30.11.2023 [Verfassungsblog](#): Heute hat der 11. Senat des OVG Berlin-Brandenburg die Bundesregierung dazu verurteilt, ein Sofortprogramm für den Klimaschutz gem. § 8 Abs. 2 S. 1, S. 2 i.V.m. § 8 Abs. 1 Bundes-Klimaschutzgesetz (KSG) zu beschließen. Der Ausgangspunkt des Verfahrens ist bekannt: die Sektoren Gebäude und Verkehr verfehlen seit Jahren die Ziele für die Einsparung von Treibhausgasen.

BÜCHER

Michael Esfeld - „Land ohne Mut: Eine Anleitung für die Rückkehr zu Wissenschaft und Rechtsordnung“. Eine Allianz aus Wissenschaft und Politik erhebt immer häufiger den Anspruch, über Erkenntnisse zu verfügen, die es rechtfertigen, sich über die Freiheit der einzelnen Menschen hinwegzusetzen. Die leidvollen Erfahrungen in der Covid-Krise haben gezeigt, wie auf diese Weise großer Schaden angerichtet werden kann. Inzwischen soll auch bei Themen wie Klima, Wokeness oder Krieg Widerspruch außer Kraft gesetzt werden. Deshalb brauchen wir in Deutschland wieder mehr Mut, um als Wissenschaft getarnten Ideologien laut und offen zu widersprechen und stattdessen an den Fakten orientierte Entscheidungen zu treffen. Der

Autor hat diesen Mut zum Widerspruch als renommierter Wissenschaftsphilosoph in der Corona-Krise bewiesen – und will mit diesem Buch auch seinen Mitmenschen Mut machen, mehr auf den eigenen Verstand und die eigene Urteilskraft zu vertrauen und sich dem Herdentrieb zu verweigern.

AUFSÄTZE

Dr. Amrei Müller: **Die Pandemiegesetzgebung der WHO** – Besorgniserregende Verhandlungen von internationaler Tragweite ([Google](#))

Unterstützen Sie unsere Arbeit gern mit einer Spende. Herzlichen Dank!

Netzwerk KRiStA | IBAN: DE12 6725 0020 0009 3540 85

IMPRESSUM

Herausgeber

KRiStA – Netzwerk Kritische Richter und Staatsanwälte n.e.V.
Bessemerstraße 82
12103 Berlin

E-Mail: kontakt@netzwerkkrista.de

Website: <https://netzwerkkrista.de>

Vertretung des Vereins

jeweils einzeln vertretungsberechtigt als gleichberechtigte Vorstandsmitglieder:

Richard U. Haakh (E-Mail: Richard.Haakh@netzwerkkrista.de), Dr. Pieter Schleiter (E-Mail: Pieter.Schleiter@netzwerkkrista.de) und Karin Hark (E-Mail: Karin.Hark@netzwerkkrista.de)

V.i.S.d. § 18 Abs. 2 MStV

Dr. Manfred Kölsch (Bessemerstraße 82, 12103 Berlin)

E-Mail: kontakt@netzwerkkrista.de

Haftung für Links

Wir können keine Haftung für externe Links übernehmen. Eine permanente inhaltliche Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.

